
Tarifverträge haben nicht nur für Arbeitnehmer eine Schutzfunktion

Gespräch mit Hasso Düvel über die Lehren aus dem Metallerstreik in Ostdeutschland*

Hasso Düvel, geb. 1945 in Alberstedt, Ausbildung als Maschinenschlosser, von 1970 bis 1990 Experte für Tarif-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik im IG Metall-Bezirk Hannover, ist seit 1990 Bezirksleiter der IG Metall in Sachsen.

Frage: Die erste große Tarifaueinandersetzung in Ostdeutschland liegt erst wenige Wochen zurück und ist wegen der sich überschlagenden Ereignisse schon ein bißchen in den Hintergrund getreten. Deshalb noch einmal die Frage: War der Streik ein Erfolg für die IG Metall? Womit hat sie sich durchgesetzt, womit nicht?

Hasso Düvel: Er war zweifellos ein Erfolg, wenngleich jede Tarifaueinandersetzung, auch wenn sie in einen Streik mündet, mit einem Kompromiß abgeschlossen wird. Und ein Kompromiß enthält bekanntlich immer auch irgendwelche Wermutstropfen. Wichtig an dieser Auseinandersetzung — und darin unterscheidet sie sich wesentlich von allen bisherigen Tarifbewegungen, die wir in der Nachkriegszeit in Westdeutschland hatten - ist ihr ausgeprägt politischer Charakter. Es ging nämlich nicht nur um eine ökonomische Auseinandersetzung, den Kampf um Prozente. Hier stand im Vordergrund, daß die

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 3. Juni 1993 in Dresden.

Arbeitgeber - und das wird im nachhinein noch deutlicher - die Struktur der Tarifpolitik verändern, ja die Tarifautonomie insgesamt zerstören wollten. Gesamtmetall glaubte, daß das auf ostdeutschem Boden gelänge, weil dort, und dem ist ja auch so, komplizierte Rahmenbedingungen herrschen: hohe Arbeitslosigkeit, eingeschüchterte und - so glaubten die Arbeitgeber jedenfalls - kämpf unerfahrene Arbeitnehmer. Gesamtmetall rechnete sich aus, vor solch einem Hintergrund eine derartige politische Auseinandersetzung gegen uns gewinnen zu können.

Diese Putschabsicht von Gesamtmetall ist an drei Punkten zu belegen: Erstens an dem ungeheuerlichen Akt der außerordentlichen Kündigung eines Tarifvertrags während seiner Laufzeit, zweitens an dem massiven Versuch, eine Öffnungsklausel durchzusetzen, die die Schutzfunktion von Tarifverträgen zerschlägt und drittens an dem drohenden Bruch des Versprechens, die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen in kalkulierbaren und terminierten Zeiträumen an westdeutsche Verhältnisse anzupassen. Diese drei Gesichtspunkte machen die politische Reichweite dieser Auseinandersetzung deutlich - und alle drei haben wir abwehren können. Im materiellen Bereich haben wir uns allerdings nicht im vollen Umfang durchsetzen können. Wir haben nicht erreicht, daß in diesem ersten Jahr von April 1993 bis April 1994 die alte Lohn tafel des aufgekündigten Tarifvertrages durchgehalten werden konnte; die Streckung reicht nun bis in das Jahr 1996. Betrachtet man dieses Ergebnis im erwähnten Gesamtzusammenhang, dann wird deutlich, daß es nur durch Streik möglich war. Wir konnten hier in Ostdeutschland diszipliniert und ohne Probleme einen Arbeitskampf führen. Das ist der größte Erfolg, so sehen es auch die Mitglieder. Bei der zweiten Urabstimmung hier in Sachsen nach dem Arbeitskampf wurden 76 Prozent Zustimmung erreicht. Das dokumentiert auch, daß der politische Charakter der Auseinandersetzung von den Betroffenen erkannt worden ist und bei der Bewertung des Ergebnisses berücksichtigt wurde.

Noch einmal zurück zu einem grundsätzlichen Aspekt: Bei alier Kritik im einzelnen ist das Tarifvertragssystem, das in Westdeutschland entwickelt wurde, doch auch von den Arbeitgebern stets mitentwickelt und -getragen worden. Was bringt sie eigentlich dazu, an diesem letztendlich bewährten Konzept zu rütteln?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Metallarbeiter im Westen sind seit jeher grob auf zwei Lager verteilt: die Großunternehmen und die sogenannten Mittelständler. Diese beiden Lager haben im Bereich von Gesamtmetall immer um die Vormachtstellung im Verband gekämpft. Die Ergebnisse schlagen sich natürlich auch in Personalveränderungen nieder. Die Ära Gottscholl bedeutet insofern eine große Korrektur, weil nun ein Mittelständler den Verband führt. Bei denen, die die Verbandsarbeit prägen, handelt es sich zumeist um Unternehmer, die im täglichen Prozeß ihres Betriebes die Auseinandersetzung um Fragen, die eine Interessenvertretung verfolgt, nicht so

hautnah erleben, weil Betriebsräte dort schwächer sind, weil auch der Organisationsgrad in solchen Betrieben oft zu wünschen übrigläßt. Das prägt ihre ganze Denkweise, auch in Verbandsfragen. Sie sind weniger Funktionäre von Gesamtmetall und mehr kleinkarierte Vertreter ihres eigenen Betriebes. Das ist das eigentliche Problem. Es ist spürbar, daß die Bindungskraft von Gesamtmetall deutlich nachläßt. Deshalb könnte die Radikalität von Gesamtmetall auch der Versuch sein, die Bindungskraft des Metallarbeitgeberverbandes auf Kosten der Tarifsystematik in dieser Republik zu stabilisieren.

Kann man diesen wichtigen Stabilitätsfaktor denn zum Spielball partieller Interessen werden lassen oder müßte nicht vielmehr dafür gesorgt werden, dessen Bindungskraft insgesamt zu stärken?

Ich glaube, daß viele Arbeitgeber, die sich mit der Thematik befaßt haben und über den Tellerrand ihres Betriebes hinaussehen, sehr genau wissen, welche Bedeutung dieses geschlossene Tarifsystem hat. Wenn man über die europäischen Grenzen hinausblickt, erkennt man, daß Tarifverträge nicht nur eine Schutzfunktion für Arbeitnehmer haben, sondern daß sie auch dazu beitragen, die Konkurrenzproblematik einigermaßen einzupendeln, sozusagen zu verhindern, daß sich über das Thema Lohn ein ruinöser Wettbewerb vollzieht, den am Ende niemand durchhalten kann. Es ist durchaus im Interesse von Unternehmern, eine Struktur zu haben, in der die Lohnfrage an Mindestnormen gebunden ist.

Bei dieser Gelegenheit kann ich gleich das Argument mitverarbeiten, daß Tarifverträge zu starr seien. Es hat niemals gestimmt, und jeder Kenner weiß, daß wir in der Vergangenheit im Westen Differenzen zwischen Mindestentgelten und tatsächlichen Entgelten hatten, die zwischen 100 und 150 Prozent schwankten.

Kommen wir auf einen weiteren Beteiligten beim Tarifgeschäft zu sprechen: den Staat. Er hat in dieser Tarifaueinandersetzung in der Person des Ministerpräsidenten von Sachsen, Biedenkopf, eine Rolle gespielt, aber insbesondere durch die Treuhandanstalt als großer Arbeitgeber. Wie war deren konkrete Position?

Der Staat war in der Tarifpolitik noch nie in derartigem Umfang direkt Beteiligter wie diesmal, und zwar aufgrund der Tatsache, daß die Betriebe, um die es hier im Tarifgebiet geht, überwiegend als Treuhandbetriebe Staatsbetriebe sind. Darüber täuscht auch das Wort des Bundeskanzlers, daß er sich aus unserer Tarifrunde heraushalte, nicht hinweg: Seine Mannschaften bei der Treuhandanstalt haben ganz konkret mitgemacht. Der Staat hat tarifpolitische Vorgaben gemacht. Die Art und Weise wie Geschäftsführer von Treuhandbetrieben in Verbandsversammlungen durch Vorstandsmitglieder der Treuhandanstalt an die Kandare genommen, regelrecht beaufsichtigt und gegängelt wurden, ist in der Geschichte dieser Republik ohne Beispiel. Besonders hat sich dabei das Vorstandsmitglied Föhr hervorgetan, der aus meiner Sicht

eindeutig das Geschäft von Gesamtmetall betrieb. Ich erhebe diesen Vorwurf sehr bewußt, weil Föhr ursprünglich aus dem Gewerkschaftslager kommt.

Der Tarifvertrag enthält eine Klausel, die es auch schwachen Betrieben ermöglichen soll, ihm gerecht zu werden. Angeblich will die Treuhandanstalt diese Klausel exzessiv angewendet wissen. Was ist daran und was bedeutet das gegebenenfalls?

Ich habe meine klare Position dazu wenige Tage nach dem Ablauf der Erklärungsfrist dieses Tarifvertrages Herrn Dr. Föhr mitgeteilt: Für mich gibt es drei Kategorien von Betrieben: die privatisierten mit einem Westkonzern im Hintergrund, also sozusagen mit dem reichen Vater im Rücken; dann die Treuhandbetriebe, die den Staat im Rücken haben, und drittens die kleineren privatisierten Betriebe, die zum Teil in der Tat ökonomische Schwierigkeiten haben, allerdings insbesondere deshalb, weil die Treuhand sie mit zu wenig Mitgift in die Privatisierung geschickt hat. Dieses Problem ist jetzt zu reparieren. Die Anwendung der Härtefallklausel, die immer im Einzelfall zu beleuchten ist, trifft für mich ohnehin nur für die Betriebe aus dieser dritten Gruppe zu. Etwas anderes kommt für mich überhaupt nicht in Betracht. Anders ausgedrückt: Als ein Kriterium ist zum Beispiel die drohende Insolvenzgefahr genannt worden. Ich möchte wissen, wie ein Herr Föhr den Beweis dafür antreten will, daß der Staat in Insolvenzgefahr ist. Treuhandbetriebe werden anhand sehr strenger Maßstäbe privatisierungs- und sanierungsfähig. Ist das der Fall, hat der Eigentümer, also der Staat, diesen Übergang zu finanzieren. Auf solche Betriebe trifft die Härtefallklausel keinesfalls zu.

Ist es zutreffend, daß es hinsichtlich von Härteregelelungen zwischen Treuhand und anderen Gewerkschaften Absprachen gibt, die das Streikergebnis der IG Metall sozusagen unterlaufen?

Ich beschränke mich darauf, die eigenen Tarifverträge zu beleuchten. Wenn es anderswo etwas anderes gibt, juckt mich das nicht. Jede Gewerkschaft muß für ihren Verantwortungsbereich im Interesse ihrer Mitglieder klarkommen.

Werden die Bemühungen, das Tarifsystern qualitativ zu ändern, weitergehen?

Die Unternehmer werden das weiter versuchen. Davon bin ich überzeugt. Und darauf müssen wir uns einrichten. Deshalb ist es so wichtig, daß wir aus solchen Kämpfen wiederum Stärke beziehen. Dann können wir eine nächste Auseinandersetzung, die noch schwerer werden kann, auch wieder bestehen. Ich bin da sehr optimistisch.

Sind, bei aller inzwischen dokumentierten Einsatzfreude und Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer in Ostdeutschland, der Wert der Tarifautonomie, die Einsicht in die Notwendigkeit der Stärke von Gewerkschaften, bei den Arbeitnehmern hinreichend verankert?

Vor dieser Auseinandersetzung war es für einen Gewerkschaftsfunktionär ungeheuer schwer, mit dem Thema Angst klarzukommen, obwohl die Kolleginnen und Kollegen über reiche Erfahrungen im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze verfügen. Wer zur kollektiven Gegenwehr aufgerufen hat, dem wurde häufig das Totschlagargument entgegengehalten, die Betriebe würden kaputtgestreikt, so daß die wenigen verbliebenen Arbeitsplätze dann auch noch weg seien. Das ist ein bedrohliches Szenario. Ich glaube, wir haben deshalb gewonnen, weil wir diese Ängste thematisiert haben. Vor der Auseinandersetzung ist im Grunde eine Art psychologischer Wandel abgelaufen. Ich habe in meinem Leben noch nie soviel über solche Fragen diskutiert. Dabei konnten viele dieser Totschlagargumente durch bessere Informationen aufgeklärt, der einzelne durch Zusammenhalt und Solidarität gestärkt werden. Dieser Diskussionsprozeß hat auch eine hohe Erwartung in die Führung der IG Metall hier erzeugt. Es lohnt sich also, die Fähigkeit der gewerkschaftlichen Gegenwehr weiter zu stabilisieren und zu organisieren.

Der Name Biedenkopf ist schon gefallen. Welche Rolle hat der sächsische Ministerpräsident gespielt?

Er war Moderator in der Vorphase der Verhandlungen. Wenn man so will, hat er den Weg bereitet, um zur Verhandlung zu kommen.

Biedenkopf weiß um die erwähnten grundsätzlichen Zusammenhänge der Tarifpolitik, ist dieses Wissen ansonsten in der Politik, also nicht nur bei CDU-Politikern, vorhanden, so daß sich die Gewerkschaften von daher eine Rückenstärkung erwarten können?

Das hängt weitgehend von Personen ab und läßt sich überhaupt nicht parteipolitisch sortieren. Biedenkopf genießt hier in Sachsen ein großes Vertrauen, er hat ein hohes Maß an Sachverstand. Das ergibt sich aus seiner Biographie. Und schließlich sind in dieser schwierigen Aufbauphase in den letzten zweieinhalb Jahren sehr viele kooperative Verfahren entstanden, die auch so etwas wie Gemeinsamkeiten, natürlich unter Wahrung eigener Interessen, hervorgebracht haben. So ist das doch im Leben: Wenn man mit Menschen viel zu tun hat und mit ihnen etwas bewerkstelligen kann, dann entsteht ein funktionales Vertrauensverhältnis. Auf einer solchen Basis kann man sich bei einem Konflikt gegenseitig sachlich behilflich sein. Das hängt nicht von Parteizugehörigkeiten ab. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich eine große Hochachtung vor Biedenkopf habe, und ich denke, daß es auch gegenseitigen Respekt gibt. Wir sehen eben die Aufbauarbeit im Vordergrund, haben Ideologie an die Seite geräumt und im Interesse der Menschen, natürlich nie gegen die eigenen Organisationsinteressen, eine Menge erreicht.

Alles, was wir besprochen haben, steht im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung in Ostdeutschland. Sie ist von anhaltender Deindustrialisierung geprägt. Schreitet diese Deindustrialisierung noch weiter fort und was ist das Resultat eines solchen Prozesses?

Im Hinblick auf die Stabilisierung industrieller Strukturen in Ostdeutschland hat diese Bundesregierung auf der ganzen Linie versagt. Es ist eine Unfähigkeit, die zum Himmel schreit, Bonn hat hier keinerlei Industriepolitik betrieben. Die sächsische Landesregierung, auch Teile der sächsischen CDU, haben sich dagegen - natürlich im Rahmen der Bedingungen, die der Bund mit seiner Treuhand setzt - mit uns zusammen bemüht, aktive Strukturpolitik zu betreiben. Dennoch läuft die Deindustrialisierung tendenziell weiter, und sie hat ihre Ursache im Kern in der Interessenpolitik westdeutscher Konzerne. Die Treuhandanstalt ist inzwischen völlig instrumentalisiert und hat die Rolle übernommen, darauf zu achten, daß hier nichts passiert, was einem westdeutschen Konzern nicht gefällt. Das ist das Kernproblem.

Immer dann, wenn bei der Treuhand über einen größeren Betrieb geredet wurde, also z. B. darüber, ob er nun sanierungsfähig sei und wie das gehen solle, saßen neben den Treuhandsachbearbeitern stets die uneigennütigen Berater aus dem Westen, die unentgeltlich von Westkonzernen ausgeliehen wurden. Nun stelle ich die Frage: Warum schickt ein Westkonzern seine besten Leute unentgeltlich zur Beratung? Doch nicht, um Samariterdienste zu leisten. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, wo branchenfremde, durchaus potente Interessenten Betriebe nicht bekommen haben, während die branchengleichen Konkurrenten aus dem Westen monatelang betriebliche Informationen beschaffen und auswerten konnten und sogar Kundenkarteien mitgenommen haben. Legalisierte Betriebsespionage ist hier gelaufen. Wenn diese Berater dann genug wußten, haben sie sich zurückgezogen. Dann hat es nicht mehr lange gedauert, bis dieser Betrieb von der Bewertungsnote 3 auf 6 rutschte und dann zur Liquidation gebracht wurde. Das alles ist mit aktiver Beteiligung dieser Bundesregierung geschehen.

Wenn das so ist, was steht am Ende dieses Weges?

Sachsen war, zu DDR-Zeiten und auch vorher, ein industrielles Land. So etwas läßt sich nicht ohne weiteres etwa in ein Fremdenverkehrsgebiet umfunktionieren. Der Wirtschaftsminister dieses Landes hat relativ schnell gelernt, daß man mit Handel, Handwerk und Fremdenverkehr die Probleme nicht lösen kann. Es bedarf industrieller Kerne, die um sich herum Mittelstand, Handwerk, Dienstleistung entwickeln. Wenn die industriellen Strukturen ganz wegbrechen, wird das gesellschaftliche und soziale Verelendung zur Folge haben. Das könnte in Deutschland zu ähnlichen Verhältnissen führen wie etwa die zwischen Norditalien und Sizilien. In Sizilien hat das zur Mafia geführt. Ich weiß nicht, wohin es hier führen würde. Auf jeden Fall hält eine Gesellschaft solche Differenzen nicht aus - auf der einen Seite hohe Industrialisierung, hoher Lebensstandard, auf der anderen Seite industrielle Brache. Oder sollen alle Ostdeutschen zu Nomaden gemacht werden, die im Westen ihr Glück versuchen, und das womöglich auch bei konjunkturellen Problemen in Westdeutschland? Es kann nur zum Riß führen, zu einer Entwicklung, die nicht die Einheit, sondern die Spaltung der Gesellschaft hervorbringt.

Man kann in diesen Zeiten nicht mit einem Spitzenfunktionär der IG Metall reden, ohne auf den Fall Franz Steinkühler zu kommen. Wie groß ist denn der Schaden, der durch diesen Rücktritt ihres Vorsitzenden der IG Metall entsteht?

Für mich war Steinkühler ein herausragender Vorsitzender, ein herausragender Gewerkschaftsführer, der für die IG Metall eine ganz hohe Bedeutung hatte.

Nicht nur für die IG Metall.

Er hinterläßt eine Lücke. Natürlich darf kein Mensch unersetzbar sein, aber ich habe eine hohe Achtung vor seiner gewerkschaftlichen Leistung. Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Ich habe die Reaktionen auf diese Aktiengeschäfte sehr genau verfolgt. Hier in Ostdeutschland gab es große Verwirrung wegen der Millionensumme, die Aktienfragen spielte eine untergeordnete Rolle, im Westen ging es mehr um das Spekulationsthema. Daß ein Gewerkschaftsvorsitzender so viel Geld zur Verfügung hat, muß man offensiv erklären. Steinkühler ist 56 Jahre und er war nie nur Pförtner. Er hat in seinem Leben viel gearbeitet und auch eine Menge Geld verdient, und zwar zu Recht. Und da kauft sich der eine eben ein Haus, ein anderer hat mehr Bargeld. Ein Problem unter moralischen Kategorien ist dagegen, daß ein Gewerkschaftsführer spekuliert. Jeder andere kann das tun. Zum Thema Insidergeschäft äußere ich mich nicht, weil ich zu wenig darüber weiß. Das wird ja untersucht, und solche Untersuchungen muß man abwarten. Persönlich finde ich, daß Franz Steinkühler Mist gebaut hat, ob aus eigenem Antrieb oder weil ihn irgendjemand beraten hat. Wie auch immer, er steht dafür. Nun hat er die Konsequenzen daraus gezogen. Diesen Ausgang finde ich bedauerlich. Sein Rücktritt hinterläßt Wunden, aber die Narben werden sich schließen. Es handelt sich ja schließlich nicht um einen kriminellen Akt. Deshalb weise ich auch jeden Zusammenhang mit dem Fall Neue Heimat zurück. Damals sind kriminelle Dinge passiert. Heute geht es um eine rein moralische Frage. Diese muß in der IG Metall diskutiert werden.

Aber bleibt nicht doch eine verheerende Wirkung auf die vielzitierten einfachen Mitglieder?

Sicher hat es nach den ersten Berichten viel Ohnmacht und Wut gegeben. Nach den Erläuterungen war zwar das moralische Unrecht nicht weg, aber der Sachverhalt stellte sich doch rationaler dar und relativierte sich. Gewerkschaften lassen sich nicht durch Vereinfachung und durch Hetze dauerhaft in eine bestimmte Ecke manövrieren. Bis jetzt haben in der Gewerkschaftsbewegung letztlich immer noch Argumente gezählt.

Zum Thema interne Kritikfähigkeit und Aufarbeitungspotenz: Der Fall Neue Heimat scheint mir keineswegs hinreichend bewältigt worden zu sein und auch einige andere Vorgänge sind nicht wirklich aufgearbeitet. Läuft da nicht eine Hypothek auf, mit der man eines Tages nicht mehr fertig wird?

Die Vorgänge um Franz Steinkühler sind offengelegt worden, sie sind offen diskutiert worden, er selber hat die Konsequenz gezogen. Es wird ja nirgendwo beschönigt. Ich kenne keinen, der versucht, das unter den Teppich zu kehren. Aber ich lege Wert darauf, daß ein solcher Vorgang differenziert betrachtet wird. Und was andere Vorgänge angeht: Was ist denn nun alles an vermeintlich schlimmen Dingen in dieser Gewerkschaftsbewegung passiert, wenn man deren Größe und Alter in Betracht zieht? Es gab das Thema der Gemeinwirtschaft. Und was war da noch? Wenn ich mich umschaue, was im Bereich der Wirtschaft, der Wirtschaftskriminalität, im Bereich der Politik passiert, dann sind das doch fast Kleinigkeiten. In Großinstitutionen wird es immer wieder Probleme geben. Man sollte da nichts vorschnell und leichtfertig verallgemeinern.

Zweifellos werden an Gewerkschaften höhere moralische Maßstäbe angelegt. Wie sollte es anders sein, wenn sie immer wieder den Finger auf Schwachstellen bei Unternehmern, bei Politikern legen? Sie müssen dann natürlich mit gutem Beispiel vorangehen. Wie das gewährleistet werden kann, muß durch innergewerkschaftliche Willensbildung und Praxis sichergestellt werden.